



Serie Gaming-Sucht
Was Eltern tun können,
wenn das Kind zockt. (Seite 12)

STOCK.ADOBE.COM/SPUTOVZ7

HEIDENHEIMER ZEITUNG

www.hz.de

MITTWOCH 21. Juli 2021 · 1,90 €

Stadt & Region



Wie die Verkehrspläne für den Landkreis aussehen

Radwege, Ortsdurchfahren, Seilbahn: Das steckt bislang im Mobilitätspakt Ostwürttemberg für alle Verkehrsteilnehmer.

[Heidenheim](#) Seite 9

Welche Ideen gibt es für ein altersgerechtes Giengen?

Der Stadtseniorenrat wird in städtische Vorhaben einbezogen, die ältere Menschen betreffen – etwa bei der Sanierung des Rathausplatzes.

[Giengen](#) Seite 11



Rekord-Tauchkugel für einen Milliardär

Mit der neuen U-Boot-Kugel der Firma Fritz kommt man tiefer als je zuvor. Bestellt hat das U-Boot ein norwegischer Milliardär.

[Herbrechtingen](#) Seite 15

Dohlen brüten in Oberkochen

Oberkochen. Sehr erfolgreich engagiert sich die Initiative „mein-vogelhaeusle.de“. Jetzt gelang die Ansiedlung von Dohlen.

[Kreis und Region](#) Seite 18

Neue Attraktion für die Bogenschützen

In Nattheim wurde der Yucon-Bogenparcours eingeweiht, auf dem nicht nur die TSG-Schützen aktiv werden können.

[Regionalsport](#) Seite 21

Die Pop-up Opera kommt zurück

Heidenheim. Die Oper „Nau bens hald i“ über den Hitler-Attentäter steht heute und morgen wieder auf dem Spielplan der Opernfestspiele.

[Kultur](#) Seite 25

[Fernsehprogramm](#) Seite 11
[Service](#) Seite 14
[Roman](#) Seite 14
[Familienanzeigen](#) Seite 31

B 3596
Nr. 165/172. Jahrgang



4 190359 601907



Mit Schwung in die neue Museumswelt

Ausgekehrt haben die Tänzer und Tänzerinnen des Besenballetts das Humboldt-Forum zur Eröffnung. Nach mehr als sieben Jahren Bauzeit wurde

der neue Komplex am Dienstag in Berlin eröffnet. Für den Kulturbau wurde im Herzen der Hauptstadt auf der Spreeinsel das Berliner Schloss zum

Teil wiederaufgebaut – und mit einem modern gestalteten Teil kombiniert. Die ersten 100 Tage ist der Besuch kostenfrei. *Foto: Jörg Carstensen/dpa*

Grün-Schwarz hat wenig Rückhalt bei den Bürgern

Politik Nur 35 Prozent begrüßen in einer Umfrage die Fortsetzung der Koalition aus Grünen und CDU. Mehr Zustimmung erfahren konkrete Projekte. *Von David Nau*

Die neue Landesregierung aus Grünen und CDU hat gut zwei Monate nach dem Amtsantritt nur wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Das geht aus der neuesten Ausgabe des BaWü-Checks hervor, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Demnach begrüßen nur 35 Prozent der Befragten die Fortsetzung der grün-schwarzen Koalition, 31 Prozent hätten sich die Bildung einer sogenannten Ampel-Koalition aus Grünen, SPD und FDP ge-

wünscht. Einem Drittel der Befragten ist die Zusammensetzung der Landesregierung egal.

Besonders großer Beliebtheit erfreut sich Grün-Schwarz bei den Anhängern der CDU: 72 Prozent begrüßen das Bündnis. Die Anhänger der Grünen sind gespalten: 47 Prozent befürworten Grün-Schwarz, 41 Prozent wären lieber eine Ampel-Koalition eingegangen.

Die inhaltlichen Vorhaben der neuen Landesregierung

werden dagegen positiver bewertet. Ab dem Jahr 2022 soll bei Neubauten oder größeren Dachsanierungen der Einbau von Photovoltaikanlagen zur Pflicht werden. Das halten 47 Prozent der Befragten für richtig, dagegen sind 37 Prozent. Auch die Einführung eines Sachkundenachweises für Hundebesitzer, ein sogenannter Hundeführerschein, stößt bei einer Mehrheit der Befragten (57 Prozent) auf Zustimmung. 33 Prozent halten

diesen für übertrieben. Anders sehen das Hundebesitzer. 52 Prozent der Befragten, die einen Hund besitzen, halten den Hundeführerschein für übertrieben, nur 40 Prozent bezeichnen ihn als eine gute Sache.

Der Neuaufnahme von Schulden steht eine große Mehrheit der Bevölkerung kritisch gegenüber. Die zuletzt immer wieder geforderte Abschaffung der Schuldenbremse lehnen 61 Prozent der Befragten ab, nur 19 Prozent sprechen sich dafür aus.

[Leitartikel](#) Seite 2 und [Südwestumschau](#)



Kretschmann für Versicherungspflicht

Unwetter Ministerpräsident fordert Konsequenzen aus der Flutkatastrophe.

Stuttgart/Bad Münstereifel. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat angesichts der Hochwasserkatastrophe im Westen Deutschlands die Wiedereinführung einer verpflichtenden Elementarschadenversicherung für alle Gebäudebesitzer gefordert. Alle Immobilienbesitzer müssten in eine Solidargemeinschaft gehen, sonst werde das Folgen haben,

die man nicht mehr gut bewältigen könne, sagte der Grünen-Politiker in Stuttgart. Kretschmann kündigte an, sich in der Ministerpräsidentenkonferenz im Herbst erneut dafür einsetzen zu wollen.

Außerdem soll im Südwesten das Warnsystem ausgebaut werden. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) rief die Bevölke-

rung dazu auf, Warnapps zu nutzen, vor allem die Warn-App „Nina“. Kretschmann forderte ein Umdenken und rief die Menschen dazu auf, sich auf den Ernstfall vorzubereiten. „Da brauchen wir eine ganz andere Haltung – die ist bei uns viel zu wenig drin.“ Es müssten viel mehr Katastrophenübungen gemacht werden – so wie etwa in Japan.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte bei ihrem zweiten Besuch im Überflutungsgebiet den Betroffenen schnelle Hilfe zu. Das Bundeskabinett werde am Mittwoch ein Programm für finanzielle Hilfe beschließen, sagte sie in Bad Münstereifel in Nordrhein-Westfalen. *afp/dpa*

[Kommentar und Themen des Tages](#)

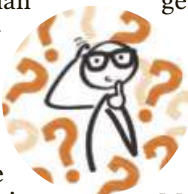
Mach doch mal eine Umfrage

Als wunderbare Art und Weise des sinnlosen Zeitvertreibs darf man die Alltags-Umfrage zählen. Heute Morgen zum Beispiel erreichte uns die Erkenntnis, dass 49 Prozent der Autofahrer auf der Autobahn drängeln, 21 Prozent betätigen dabei sogar die Lichthupe. Sapperlot. Hätte man sich vorher Gedanken gemacht, man wäre auf ganz andere Zahlen gekommen. Wobei der Konjunktiv in diesem Satz womöglich ein guter Hinweis darauf sein könnte, dass einem das Thema eher am Allerwertesten vorbei geht.

Doch jetzt sind die 41 im Gedächtnis geankert – und die nächste Fahrt in den Urlaub wird als Feldstudie verwendet. Zumindest aber weiß man jetzt, was man noch erzählen kann, wenn einem nach vier Stunden Stop-and-Go nicht mehr viel einfällt.

Wobei, man könnte sein Gehirnschmalz auch in das Ersinnen neuer Umfragen stecken: Wie viele Frauen geben zum Beispiel an, nach den ersten Schlucken Bier kräftig rülpsen zu müssen? Wie viele Män-

ner haben schon mal heimlich einen Rosamunde-Pilcher-Film gesehen? Wie viele Menschen über 50 singen beim Autofahren gerne die Hits aus den 70er, 80er, 90er, 00er Jahren und von heute? Wie viele Menschen ärgern sich, wenn ihre Spülmaschine falsch eingeräumt wird? Wie viele Menschen regen sich auf, wenn Gürtchen mit dem Fingern aus dem Glas genascht werden? Wie viele Leute lieben es, sinnlose Umfragen zu lesen? *Guido Bohsem*



Corona Sanofi-Impfstoff wird geprüft

Amsterdam. Die Europäische Arzneimittelbehörde EMA hat ein schnelles Prüfverfahren für den Corona-Impfstoff des französischen Herstellers Sanofi Pasteur eingeleitet. Nach den bisher vorliegenden Daten aus Laborstudien und klinischen Versuchen könnte das Präparat Vidprevtyn vor einer Covid-19-Erkrankung schützen, teilte die EMA am Dienstag in Amsterdam mit. Wann das Verfahren abgeschlossen sein wird, ist unklar. *dpa*

Kommentar

Guido Bohsem
zur Reform des Katastrophenschutzes



Sündenbock gesucht

Der Sündenbock ist tot – diese These hat der Kulturphilosoph René Girard schon vor Jahren aufgestellt. In modernen Zeiten funktionierten die hergebrachten Opferrituale nicht mehr, um einen Zusammenhalt der Gesellschaft zu erzeugen. Zu aufgeklärt und informiert seien die Menschen, als dass sie wirklich glaubten, alles werde gut, fände man nur einen Schuldigen und richtete ihn hin.

Angesichts der Gnadenlosigkeit, mit der gerade über das Versagen bei der Hochwasserkatastrophe und damit indirekt auch über die Schuld am Tod von mehr als 160 Menschen diskutiert wird, könnte man den Eindruck gewinnen, Girard habe komplett danebengelegt. Im Kreis Euskirchen haben die Bewohner schon am Mittwochmittag per Nina-App Warnungen vor Starkregen und Hochwasser erhalten. Doch weil dort Überschwemmungen ungefähr so oft vorkommen wie Schnee im Sommer, hat man sie womöglich nicht richtig ernst genommen. Vielleicht hätten die örtlichen Behörden intensiver warnen müssen. Wer weiß? Zu einer aufgeklärten Gesellschaft gehört es jedenfalls, zunächst die Fakten aufzuarbeiten und dann das Urteil zu sprechen – und nicht umgekehrt.

Drohung mit Geldstrafe

Rechtsstaat Polen muss EuGH-Urteil umsetzen, sagt die EU-Kommission.

Brüssel. Die EU-Kommission droht Polen. Sollte die Regierung in Warschau die umstrittene Disziplinarkammer für polnische Richter nicht wie vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) gefordert aussetzen, werde Brüssel die Zahlung eines Bußgeldes gerichtlich beantragen, sagte EU-Kommissionsvizepräsidentin Vera Jourova am Dienstag. Polen habe Zeit bis zum 16. August. Die EU streitet seit Jahren mit Warschau über Justizreformen der rechtsnationalistischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit. *afp Themen des Tages*

Kontakt zur HZ

Abo und Zustellung
07321 347-142
lesermarkt@hz.de

Anzeigen schalten
07321 347-0
anzeigenmarkt@hz.de

Online-Kundencenter
service.hz.de

Kontakt zur Redaktion
07321 347-153
redaktion@hz.de

Postanschrift
Heidenheimer Zeitung
Olgastraße 15
89518 Heidenheim